

## Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg: Politische Partizipation

Geflüchtete sind mit ihrem Auftreten in der Gesellschaft immer politisch, ob sie das wollen oder nicht. Das bietet den Vorteil, dass sie auch so verstanden werden müssen und ihre Belange und Interessen gehört werden, damit wir uns überhaupt als demokratische Gesellschaft verstehen können. Dazu kommt, dass insbesondere irreguläre Migration durch die Ambivalenz der staatlichen Ordnung einerseits und des Bedürfnisses irregulärer Migranten/innen nach politischer Partizipation andererseits ein transformativer Prozess ist, der gesellschaftliche Konzepte wie Staatsbürgerschaft verändern und ihnen neue Bedeutung zukommen lassen kann (vgl. McNevin 2013). Nachteil des Politikums Geflüchteter ist der gesellschaftliche Zwang, der die Geflüchteten dazu verpflichtet, politisch zu sein – ob sie wollen oder nicht. Jegliche Handlung wird zu einer politischen Handlung und insbesondere menschliche Fehler werden zum Vorzeigeeinstrument. Beispiele sind hier die Silvesternacht in Köln oder Schlagzeilen über gewalttätige Geflüchtete in den Medien. Diese Instrumentalisierung des Geflüchteten als Gefahr für die Gesellschaft hat eine Vielzahl von negativen Effekten.

Alle Prozesse, die in einer Gesellschaft stattfinden, lassen sich als Diskurse begreifen (Methmann 2014, 245). Somit ist unsere Welt nur durch Begriffe, Kategorisierung und kognitive Schemata zu verstehen, die das Ergebnis eines diskursiven Prozesses sind (vgl. Methmann 2014; Laclau 1993). Dieser diskursive Prozess, der die in den Köpfen der Menschen verankerten Begriffe, Kategorisierungen und kognitiven Schemata nutzt, um Bedeutungen wachzurufen oder diese umzudeuten, findet Verwendung, um Geflüchtete als Gefahr für die Gesellschaft darzustellen. Diese „Versicherheitlichung“ genannte Umdeutung von sozialen Konstrukten wird von der Politik und den Medien genutzt, um ein bedrohliches Bild von Geflüchteten zu erzeugen und damit außergewöhnliche Maßnahmen zu legitimieren, welche die Gesellschaft vor dieser Gefahr schützen sollen (vgl. Buzan & Weaver & Wilde 1998). Damit können durch die Verschiebung in den sicherheitspolitischen Sektor politische Maßnahmen getroffen werden, die im Rahmen der „normalen“ Politik nicht so einfach zu treffen wären. Dies ist eine sehr drastische Art Geflüchtete für politische Zwecke zu instrumentalisieren.

Konsequenz aus dieser Praxis ist die Schaffung eines Feindbilds des Flüchtlings, der sich, wenn er z.B. nach Deutschland kommt, an die deutsche „Leitkultur“ halten und schnellstmöglich in die deutsche Gesellschaft integrieren soll, um eben „deutsch“ zu werden. Dabei verliert der Geflüchtete jegliche Identität und wird zu einem weiteren wackligen Bestandteil der Masse.

Um dem entgegenzuwirken ist es wichtig, dass Geflüchtete politisch sind und ihre Meinung und Interessen an die Gesellschaft richten. Dadurch werden sie ein fester Bestandteil der Gesellschaft

und behalten ihre Identität bei. Zusätzlich können sie sich auch gegen eine mögliche Versicherheitlichung wehren und ihre Standpunkte und Sichtweisen artikulieren, um der Instrumentalisierung der Politik zu entgehen.

Dass der Geflüchtete immer noch ein Mensch ist und möglicherweise gar nicht politisch sein will, ist ein berechtigter Einwand. Ich denke aber, dass wenn Geflüchtete Teil der politischen Einheit –im Sinne einer neuen flexibleren und performativen Art von Staatsbürgerschaft – sind, sie nicht so schnell zum Politikum gemacht werden und sich dadurch auch der politischen Zuschreibung entziehen können.

Literaturverzeichnis:

Buzan, Barry; Weaver, Ole; Wilde, Jaap de (1998): „Security: a new framework for analysis“, Boulder, CO: Lynne Rienner.

Laclau, Ernesto & Mouffe, Chantal (1985): „Hegemony and Socialist Strategy: towards a radical democratic politics“, Verso, London.

Methmann, Chris (2014): "Das ökologische Paradox: eine narrative Diskursanalyse hegemonialer Klimadiskurse". In Eva Herschinger; Judith Renner (Hrsg.). „Diskursforschung in den internationalen Beziehungen“, Nomos Verl.-Ges, Baden-Baden, 240-269.

McNevin, Anne (2013): „Ambivalence and Citizenship. Theorising the Political Claims of Irregular Migrants “, Millennium 41 (2), 182-200.

Dieser Text wurde als Antwort auf die folgende Frage verfasst:

*Pastor Wilm hat in seinem Vortrag einen Eindruck von dem großen Engagement der St. Pauli-Gemeinde für Geflüchtete aus Lampedusa gegeben. Er warnte mitunter davor, Geflüchtete per se als politische Aktivist/innen zu sehen: „Ehrenamtliche träumen sich den Flüchtling ggf. auch als politischen Menschen zurecht. Und der will das unter Umständen gar nicht sein, sondern was ganz anderes.“*

*Wie schätzen Sie die Gefahr einer Instrumentalisierung der Geflüchteten für politische Ziele ein – z.B. aber nicht nur mit Blick auf den G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg? Wie lässt sich dem entgegenwirken?*